



Zeitung der Basisorganisation DIE LINKE Schwedt

DIE LINKE.

Nr. 05/2021

Zusammenhalten. Für Gerechtigkeit.

Mitgliederbrief Oktober 2021

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Ergebnis der Bundestagswahl steckt uns allen in den Knochen. Wir haben als Partei am Sonntag eine historische Niederlage erlebt, die grundlegende Fragen stellt. Fragen nach unseren Fehlern, Fragen nach unserer gesellschaftlichen Relevanz, Fragen nach unserer Idee einer freiheitlichen, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft. Viele von euch haben in diesem Wahlkampf alles gegeben und haben weit über die persönlichen Grenzen hinaus für eine starke LINKE gekämpft. Umso bitterer ist das Ergebnis. Als Vorsitzende möchten wir allen Wahlkämpfer:innen und allen Kandidierenden bei der Bundestagswahl, den Landtagswahlen und Bezirkswahlen von ganzem Herzen danken! Unser Dank gilt auch Gesine, Gregor und Sören, die mit ihren Direktmandaten dafür gesorgt haben, dass wir trotz des desaströsen Ergebnisses wieder in den Bundestag einziehen konnten.

Vor jeder politischen Konsequenz steht eine gründliche Untersuchung. Natürlich müssen wir diese Wahl sehr genau auswerten. Wir beginnen damit am kommenden Wochenende mit der Klausur des Parteivorstandes.

Sicher haben die Konflikte der letzten Jahre, ebenso wie Strukturprobleme im Osten wie im Westen ihren Anteil an unserem Abschneiden. Auch hat die Möglichkeit der Ablösung eines CDU-geführten Kanzleramts durch die Grünen und zum Schluss durch die SPD viele Wähler:innen dazu gebracht, dieses Mal ihr Kreuz nicht bei der LINKEN zu machen. Aber die Gründe liegen wohl tiefer. Wir haben zu wenige überzeugen können, dass der bessere Weg mit der LINKEN zu gehen wäre. Über diesen dramatischen Verlust von Vertrauen gilt es zu reden. Dies wollen wir mit euch gemeinsam tun. Für diesen Verständigungsprozess werden wir nach der Parteivorstandsklausur Vorschläge machen.

Aus dem Inhalt:

Mitgliederbrief Oktober 2021	S.1
Danksagungen	S.2
Werden Wahlen auch zur Ware	S.3
DIE LINKE in Europa: Aktuelle	S.4
Beiträge von Helmut Scholz	S.5
Finanzministerium bricht Zusagen	S.6
Aus dem Mitgliederleben	S.7
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8

In einem sind wir uns allerdings sicher: Wir plädieren für eine ehrliche, selbstkritische Neugier von allen Seiten und in alle Richtungen. Es ist unabdingbar, sich dafür die Zeit zu nehmen. Als Partei der sozialen Gerechtigkeit wollen wir für all jene da sein, die in diesem Land keine Stimme haben und tagtäglich untergebuttert werden. Allerdings stellt sich die Frage, wie wir all jene wieder und neu erreichen können. Das betrifft, wie wir Politik machen und wie wir Politik sprechen. Daher sollten wir nicht nur uns befragen, sondern auch diejenigen, die wir nicht mehr überzeugen und erreichen konnten.

Fragen wir nicht nur: „Warum habt ihr uns wieder gewählt“, sondern fragen wir: „Warum habt ihr uns nicht mehr gewählt“. Aber auch: „Wie seht ihr DIE LINKE?“

Hören wir also genau hin und hören wir gut zu, was nicht nur wir uns zu sagen haben.

Es ist jetzt unsere Aufgabe als Parteivorsitzende, gemeinsam mit dem Parteivorstand und der Fraktion für eine gute Zusammenarbeit und eine kraftvolle Opposition zu sorgen! Unabhängig davon, ob es jetzt zu einer Ampel- oder einer Jamaika-Koalition kommt oder am Ende noch zu einer Neuauflage der GroKo – es braucht eine Kraft, die die Stimme erhebt, damit nicht die Armen und die Mehrheit der Beschäftigten die Kosten und Lasten der Krise tragen.

In dieser Situation haben wir alle eine große Verantwortung. Damit wieder mehr Menschen eine klare Vorstellung davon haben, wofür DIE LINKE steht: dass wir die Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Klimagerechtigkeit sind. Und die dafür sorgt, dass niemand mehr in diesem Land als Mensch zweiter Klasse behandelt wird. Das gilt für Ost- und Westdeutsche, für die, die schon lange hier leben und die, die erst zu uns gekommen sind, für Frauen und Männer.

Stehen wir daher jetzt zusammen. Und reden wir offen und frei über das, was anders werden soll. Reden wir miteinander, reden wir mit den Menschen, die uns gewählt haben und für die wir als Partei da sind.

Eine gute Prise Hoffnung gibt uns, dass seit dem letzten Wochenende mehr als 1.400 neue Mitglieder zu uns gekommen sind. Herzlich willkommen! Gemeinsam mit euch allen werden wir es schaffen, dass DIE LINKE wieder zu einem Pol der Hoffnung wird.

Mit unseren allerherzlichsten Grüßen,

Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler

Danksagungen an alle Helfer zur Bundes- und Bürgermeisterwahl

Der Vorstand der BO Schwedt der Partei DIE LINKE dankt hiermit allen Helfern, die an Infoständen, bei der Gerechtigkeitstour des Landesverbandes, in Wahlvorständen und -ausschüssen teilgenommen, Materialien sortiert und in die Briefkästen der Schwedter Bürgerinnen und Bürger gesteckt sowie Plakate in Schwedt und allen Ortsteilen einschließlich in Gemeinden aus dem Amt Oder-Welse angebracht und auch wieder entfernt haben. Besonders gefreut hat uns auch, dass Freunde und Sympathisanten uns dabei tatkräftig unterstützt haben. Zu nennen sind dabei: Christa, Doris, Christine, Bärbel, Irmgard, Irmtraut, Erika, Ingrid, Rosmarie, Ursula, Tobias, Marvin, Detlef, Lutz, Reiner.

Große Hilfe haben wir beim Plakatieren erhalten von Frank, Uwe, Tobias, Marvin, Jürgen, Detlef, Manfred, Bärbel und Irmtraut. Sie sind zum 7. Oktober zu einer speziellen Dankeschönrunde in die Geschäftsstelle eingeladen worden.

Irmtraut Giel

Werden im Kapitalismus auch Wahlen zur Ware?

Im nd vom 1. Oktober 2021 geriet ein kurzer Leserbrief einer Leserin aus Fürstenberg in mein Blickfeld. Sie schreibt: "Der Wahlausgang ist mit den Worten des letzten sächsischen Königs Friedrich August der III. umfassend beschrieben. – Macht euren Dreck alleine! – Wie lange will sich DIE LINKE noch in den Arsch treten lassen von denen, für die wir uns engagieren?"

Wir haben ein katastrophales Wahlergebnis erzielt. Dies bedarf einer ehrlichen, gründlichen Analyse und entsprechender Konsequenzen, aber nicht den anderen Akteuren das Feld überlassen. Es sind Antworten zu solchen Fragen notwendig:

Welchen Platz hat DIE LINKE im politischen System der Bundesrepublik?

Was ist ihr unverwechselbares Eigenes?

Gregor Gysi äußerte in einem Interview: „Wir haben unsere Identität als Ostpartei verloren; die müssen wir unbedingt zurück gewinnen, denn ansonsten geht sie auf die AfD über. Erschreckend – 90.000 Stimmen gewann die AfD von den Linken. Die Linke verlor im Osten 7,7%.

Dietmar Koschmieder analysierte in jw am 2./3. Oktober in seinem Artikel am Montag nach den Wahlen das Werbefachblatt – Horizont -. Er hält fest, dass sich die klassischen Wahlwidersprüche nach der Bundestagswahl nicht geändert haben. So haben viele Wähler wieder ausgerechnet den Parteien ihre Stimme gegeben, die ihnen besonders stark an den Geldbeutel und verbliebene Rechte wollen, die für Kriege und Hochrüstung eintreten – obwohl die Wählenden mit großer Mehrheit dagegen sind. Grüne und FDP haben sich erfolgreich als moderne Kraft verkauft, die verändern will. Viele Jungwähler glauben an diese Botschaft. Der – Horizont – schlussfolgert, dass das Alleinstellungsmerkmal der Linken eine konsequente soziale und Antikriegshaltung sein müsste, letztendlich sich klar als Protestpartei der sozial Schwachen zu positionieren.

Manches ist Streitbar. Aber wir müssen es besser machen, um uns im Strudel der Anfeindungen, Unwahrheiten und Verschwörungstheorien weiter behaupten zu können.

Monika Gohl



DIE LINKE in Europa: Aktuelle Beiträge von Helmut Scholz

Polnische Regierung stellt Wirtschaftsinteressen vor Umweltschutz

Am 20. September verurteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) den EU-Mitgliedstaat Polen wegen des Abbaus von Braunkohle im Tagebau Turow zu einer Geldstrafe von täglich 500.000 Euro. Diese müsse so lange in den EU-Haushalt gezahlt werden, bis Polen der Anordnung des EuGHs nachkomme. Bereits im Mai dieses Jahres wurde Polen vom EuGH aufgefordert, den Abbau zu stoppen. Polen weigerte sich und setzte den Abbau an der Grenze zu Sachsen und Tschechien fort. Dies ist nicht das erste Mal, dass sich Polen über Natur- und Umweltschutz und das Engagement von vielen Bürger*innen hinwegsetzt und mit Blick auf eigene wirtschaftliche Entwicklungen und kurzfristige Interessenswahrung massiv all die Belange von Umwelt seines eigenen Staates, aber auch die der umliegenden betroffenen Länder vernachlässigt.

Ein neues aktuelles, weit in die Zukunft reichendes Beispiel ist der durch Polens Regierung geplante Ausbau des Tiefwasser-Containerhafens auf der deutsch-polnischen Insel Usedom/Wollin. Verbunden damit laufen zugleich Planungen zum Ausbau der Oder weiter, diese für größere Transportschiffe schiffbar zu machen und somit Transportwege auf dem Wasser zum Containerhafen profitabel und dessen Attraktivität deutlich zu machen.

Seit über einem Jahr engagiert sich auf Usedom auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze die Bürger*inneninitiative „Lebensraum Vorpommern“ gegen diesen Bau des dann größten



Containerhafens in der Ostseeregion an der polnischen Küste. Befürchtet werden vor allem Folgen für die lokale Naturlandschaft, denn der geplante Bau findet in einem Natura-2000-Gebiet statt; aber auch negative Auswirkungen auf weitere Wirtschaftszweige, z. B. die Tourismusbranche und die wenigen verbliebenen Küstenfischer*innen. Die EU hat mit dem insgesamt sehr erfolgreichen Netzwerk der Natura-2000-Gebiete in den letzten Jahren wichtige Schritte getan, um die biologische Artenvielfalt in natürlichen Lebensräumen zu erhalten und insgesamt die Verantwortung gerade der Politik – auf allen Entscheidungsebenen bis zu den EU-Institutionen - für die

Umwelt zu stärken. Deshalb sind Flora und Fauna in diesen Gebieten unter besonderen, strengen und verbindlichen Schutz gestellt worden. Und obwohl es eben diese EU-weiten Regeln gibt, daneben sogar eine zusätzliche grenzüberschreitende Vereinbarung von Polen und Deutschland zu diesen Aspekten, und obwohl bei solch einem Großprojekt nahe der Grenze zu Deutschland eine grenzüber-

überschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig wäre, wird dies von den zuständigen polnischen Behörden bis hin nach Warschau ignoriert. Mit weltweiten Folgerungen, denn Ökosysteme sind ja global zu sehen und ohne nationalstaatliche Grenzen – und damit zugleich immer auch regional für Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. In den letzten Jahrzehnten massiv geschädigt, gehören sie geschützt. Das ist gemeinsame Verantwortung. Ich finde Bürger*inneninitiativen vor Ort oder auch Europäische Bürger*inneninitiativen (#EBI) gehören unterstützt: Sie legen einerseits den Finger in die Wunde, klären auf und verweisen auf Zusammenhänge, machen Entscheidungen transparent und leben zugleich vom Engagement vieler für das Ingangsetzen konkreter Alternativen. Grenzüberschreitend, europäisch solidarisch.

Helmut Scholz

EU-US-Beziehungen: Die Angst vor Trump regiert weiter

Helmut Scholz sieht das externe Handeln von Präsident Biden als von innenpolitischen Motiven getrieben an: „Trump wurde abgewählt. Die tiefe, langfristig verursachte Spaltung der US-Gesellschaft bleibt aber real. Die Sorge der Biden-Harris Regierung ist offenbar groß, dass er ein Comeback versuchen wird. Man will sich keine Schwäche, kein Einlenken vorwerfen lassen. Besonders gegenüber China mit seiner wirtschaftlichen und technologischen Stärke und Herausforderung des US-Rivalen setzt deshalb auch die demokratische US-Administration mit ihrem Konfrontationskurs die Strategie Trumps fort. Die Handelspolitik bietet eine zentrale Bühne für den Schaukampf.“

In der Grundsatzdebatte im Europaparlament zum Verhältnis Europas zu den USA unterstrich Scholz: „Das Verhältnis zur Europäischen Union wird in Washingtons daran gemessen, ob die EU sich aktiv an der Eindämmungsstrategie gegenüber dem Hauptrivalen China beteiligt.“

Die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai habe am Vortag das US-amerikanische Herangehen detailliert dargestellt. „Man will das Phase I Handelsabkommen nicht kündigen, sondern China zur Kasse bitten. Man behauptet, China habe keinerlei öffnende Reformen geliefert und droht mit neuen Strafzöllen zum Schutz amerikanischer Arbeitsplätze.“, fasste Scholz zusammen.

Scholz weiter:

„Ich finde es ja gut, die Arbeiterinnen und Arbeiter ins Zentrum der Handelspolitik zu stellen, aber eben bitte nicht nur die eigenen. Denn diese Argumentation trifft für alle Seiten zu, auch für die notwendigerweise auf grüne Energien umzustrukturierende Stahlbranche in Deutschland und anderswo in der EU und darüber hinaus.“

Scholz mahnte eine Verlagerung der Prioritäten an: „Wir sollten deshalb über solchen Hahnenkampf hinausdenken. Viel grundsätzlicher sind die globalen Herausforderungen. Es bleibt wenig Zeit, die Erderwärmung durch den Klimawandel aufzuhalten. Es bleiben nur noch 9 Jahre, um die in der UNO vereinbarten Nachhaltigkeitsziele für alle Länder der Erde zu erreichen. Armutsbekämpfung, Umweltschutz, Zugang für alle zu Gesundheitsdiensten und Bildung und Abrüstung müssen deshalb die gemeinsamen Ziele unserer Partnerschaft mit den USA sein.“

Doch selbst EU und USA zusammen würden diese Ziele nicht schaffen können, ohne weitere Partner zu gewinnen. Kooperationen seien notwendig, auch mit China.

„Hier beginnt das neue Narrativ. Statt Konfrontation Kooperation, statt Wir/Ich jeweils First (also zuerst), Synergien schaffen und gemeinsames Vertrauen wiederherstellen und Regeln setzen. Auch in der WTO (= Welthandelsorganisation).“, betonte Scholz abschließend.

Helmut Scholz, 06.10.2021

DIE LINKE im Bundestag

»Das Finanzministerium bricht seine Zusagen«

Bundesfinanzminister Olaf Scholz musste sich den Fragen der Abgeordneten im Finanzausschuss zu den Ermittlungen gegen die Geldwäsche-Spezialeinheit FIU stellen. Die Fraktionen DIE LINKE, FDP und Grüne hatten eine Sondersitzung beantragt, nachdem die Osnabrücker Staatsanwaltschaft eine Durchsuchung im Finanz- und im Justizministerium durchgeführt hatte.

Fabio De Masi, Sprecher für Finanzpolitik der Fraktion DIE LINKE, erklärt im Anschluss: „Es ist ein Skandal, dass das Finanzministerium zwar einen Vorschlag zu Schwärzungen des geheimen Cum-Ex-Protokolls angekündigt, aber nicht wie vereinbart zur Sondersitzung geliefert hat. Wir haben bereits vor Monaten die Entstufung beantragt und dies kürzlich erneuert, nachdem das Finanzministerium behauptet hatte, eine Entstufung sei Sache des Bundestages.“

Gleichzeitig soll Finanzstaatssekretär Wolfgang Schmidt Auszüge des Protokolls sinnenstehend per Messenger-Dienst an Journalisten verteilt haben. Wir müssen schweigen, um uns nicht strafbar zu machen, der Staatssekretär verletzt Geheimhaltungspflichten und das Finanzministerium bricht seine Zusagen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht vor der Wahl zu erfahren, ob und warum der Finanzminister zu Treffen mit Cum-Ex-Bankier Olearius die Unwahrheit gesagt hat. Auch ist der Austausch seines Finanzstaatssekretärs mit dem Anwalt der Warburg Bank aufzuklären, der durch eine Anfrage von mir bekannt wurde.

Olaf Scholz wollte den Sachverhalt des Verstoßes gegen die Geheimschutzordnung weder bestätigen noch dementieren und die parlamentarische Staatssekretärin führte aus, der Staatssekretär sei wegen eines Auslandsaufenthaltes nicht erreichbar. Für Tweets in seiner Dienstzeit reicht es aber immer. Mir wurde eine schriftliche Antwort dazu angekündigt, ob das Finanzministerium Kenntnisse von diesem in einer Presseanfrage erhobenen Vorwurf des strafbaren Verhaltens durch den Staatssekretär hatte oder nicht!

Notfalls muss dies ein Staatsanwalt aufklären.“

Zur Financial Intelligence Unit: „Der Minister hält an seiner Auffassung fest, dass die Verlagerung der FIU vom BKA zum Zoll sinnvoll gewesen sei. Damit wird der Weg zu einer integrierten Bundesfinanzpolizei mit kriminalistischer Expertise auch unter einem Kanzler Scholz weiter versperrt sein.“

Olaf Scholz beharrt auch darauf, dass der risikobasierte Ansatz bei der Bearbeitung von Geldwäscheverdachtsmeldungen sinnvoll sei. Es ist zwar legitim, Risikoschwerpunkte zu bilden, aber es geht darum, ob Hinweise auf Straftaten, die nicht Terrorfinanzierung oder Geldwäsche betreffen, hierdurch überhaupt noch weitergeleitet werden. Das ist offenbar nicht der Fall, da etwa bei Wirecard Hinweise auf Bilanzmanipulation nicht weitergeleitet wurden. Der Rückstau bei den Geldwäscheverdachtsmeldungen wurde offenbar dadurch behoben, dass Meldungen ohne weitere Prüfung in einen sogenannten Info-Pool geschoben wurden, wodurch selbst Hinweise auf Terrorfinanzierung, wie in der Ermittlung der Staatsanwaltschaft Osnabrück, nicht erkannt wurden.

Auch SPD-geführte Bundesländer wie Bremen und das SPD-geführte Justizministerium haben kritisiert, dass dies zu Verstößen gegen das Geldwäschegesetz führt. Das Finanzministerium sollte seine Kommunikation mit dem Justizministerium dazu dem Ausschuss offenlegen, da dies offenbar ein Anlass der Durchsuchungsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft war. Anders als in der Öffentlichkeit behauptet, hat Minister Scholz auch einräumen müssen, dass erst durch die Durchsuchungsanordnung der Staatsanwaltschaft das Einvernehmen erzielt wurde, einzelne Kommunikationen des BMF dauerhaft zu sichern.

**Nachricht von Fabio De Masi,
20. September 2021
LINKE Newsletter 34/2021**

Aus dem Mitgliederleben

Am 24.08.2021 machte die Gerechtigkeitstour des Landesverbandes der LINKEN Station in Schwedt. Themen: Arbeit und Rente. Neben unseren Mitgliedern war auch die Bundestagskandidatin Isabelle Czok-Alm mit anwesend und nutzte die Gelegenheiten zum Meinungs austausch mit Sympathisanten und Passanten. Es gab nur wenige Vorübergehende, die nicht unser Material zur Bundestagswahl haben wollten. Auch die Aufsteller mit den genannten Themen wurden gut besucht.



Unserer jahrelangen Tradition folgend haben wir wieder zum Weltfriedenstag am 01. September Blumengebinde auf dem Neuen Friedhof abgelegt und der Toten der letzten beiden Weltkriege gedacht. Unser Motto: Für Frieden auf der Welt.

Termine/Arbeitsplan Basisorganisation Schwedt, Stand: Oktober 2021

23.10.2021	Kreismitgliederversammlung	10:00 Uhr OSZ Prenzlau
01.11.2021	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum R 207
03.11.2021	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
08.11.2021	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle (Termin beachten!)
09.11.2021	Gedenken an die Pogromnacht von 1938	17:00 Uhr Beginn in der Evangelische Kirche
10.11.2021	Stolpersteinverlegung in Schwedt	14:30 Uhr John-Schehr-Straße (für Mobile) und 15:00 Uhr Stadtmuseum (für alle Anderen)
29.11.2021	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum R 207
01.12.2021	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
01.12.2021	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau
02.12.2021	Vorstandssitzung BO Schwedt	16:30 Uhr Geschäftsstelle
11.12.2021	Kreismitgliederversammlung zur Wahl Kreisvorstand	Angermünde (Ort und Zeit wird noch mitgeteilt)
05.01.2022	Kreisvorstandssitzung	18:30 Uhr Prenzlau

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

23.10.2021	Arno Damm	zum 85. Geburtstag
17.11.2021	Andy Ullrich	zum 35. Geburtstag
22.11.2021	Frank Nitzschke	zum 70. Geburtstag
01.12.2021	Ursula Taubert	zum 85. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

23.10.2021	Kurt Büttner	zum 96. Geburtstag
24.10.2021	Christine Zibolsky	zum 86. Geburtstag
23.11.2021	Ingrid Gernoth	zum 83. Geburtstag
29.11.2021	Andreas Grote	zum 41. Geburtstag
11.12.2021	Marlis Wiegand	zum 89. Geburtstag



KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 06-2021: 10.12.2021

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE
Basisorganisation Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftsstelle der Partei
DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

Auguststraße 2, Zi. 207/208
mind. 1x wöchentlich
dringende Angelegenheiten unter
Telefon 415810

Finanzen:

25.10.2021, 10 bis 12 Uhr
29.11.2021, 10 bis 12 Uhr
27.12.2021, 10 bis 12 Uhr

Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de